



**Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V.**  
- Die clevere Alternative für Berlin und Brandenburg -

Alternativer Mieter- und  
Verbraucherschutzbund e.V.

**Beratungsbüro:**  
Bürgerbüro Falkenhagener Feld  
Westerwaldstraße 9  
13589 Berlin

## Pressemitteilung 07/2014

### Gemeinsame Pressemitteilung mit der Piratenpartei Spandau

**Postanschrift:**  
AMV - Alternativer Mieter- und  
Verbraucherschutzbund e.V.  
Pillnitzer Weg 35  
13593 Berlin

Tel: 030 / 68 83 74 92  
Handy: 0170 / 237 17 90

Mail: [information.amv@gmail.com](mailto:information.amv@gmail.com)

#### **Vorstellungs- und Antrittsbesuch des AMV:**

Der AMV Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e. V. wandte sich am 16.12.2014 an alle politischen Parteien in Berlin-Spandau mit nachstehender E-Mail:

"Sehr geehrte Damen und Herren,

ich darf Ihnen den AMV Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e. V. vorstellen, dessen 2. Vorsitzender und Pressesprecher ich bin, und lade Sie herzlich ein, sich unser Facebook-Profil anzuschauen, um sich einen ersten Überblick über uns und unsere Aktivitäten zu verschaffen.

Wir haben uns am 27.09.2014 gegründet und sind seit dem 28.10.2014 im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg eingetragen.

Der AMV ist ein Mieter- und Verbraucherschutzbund, der sich als dynamische und progressive Alternative zu den bereits seit Jahren bestehenden etablierten Vereinen sieht und sich für ein sozial-gerechtes Wohnen und Leben seiner Mitglieder und Mitbürger in Berlin und Brandenburg einsetzt und engagiert.

Wir bieten in unserer Geschäftsstelle im Bürgerbüro Falkenhagener Feld in der Westerwaldstrasse 9, 13589 Berlin, an 4 Tagen in der Woche Beratungen an.

Wir möchten uns gerne persönlich bei Ihnen vorstellen und würden uns über eine Einladung Ihrerseits freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Marcel Eupen, 2. Vorsitzender und Pressesprecher"

## **Das erste Treffen fand nun statt:**

Am Freitag, d. 19.12.14, fand im Rathaus Spandau ein Treffen zwischen dem Vorsitzenden der Piraten Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung Spandau, Herrn Emilio Paolini, und Vertretern des neu gegründeten AMV Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e. V. (im Folgenden: AMV) statt, für den der 1. Vorsitzende, Herr RA Uwe Piper, sowie die Kassenwartin, Frau Angelika Hesse, und der Migrationsbeauftragte, Herr Jean-Habib Gongbah, anwesend waren.

Das Gespräch verlief in angenehmer Atmosphäre. Herr Piper stellte das Konzept des AMV vor. Den Vereinsmitgliedern soll eine qualifizierte Beratung ausschließlich durch Volljuristen geboten werden, die sich auf alle Fragen des Miet- und Verbraucherschutzes bezieht. So z. B. auf die Durchführung von Betriebskostenprüfungen, auf die Prüfung von Mieterhöhungen oder die Regelung von Mietmängeln sowohl im Rahmen von bestehenden Mietverhältnissen (Stichwort: Schimmel) als auch nach ihrer Beendigung, wenn es um die Verrechnung und Rückforderung von Kautionsansprüchen geht.

Der Verein versteht sich als „Lobbyorganisation“ für Mieter und Verbraucher. Herr Paolini begrüßte das Engagement des Vereines sehr und erklärte dazu weiter: „Im Bezirksamt Spandau ist die sogenannte ‚Wohnungsaufsicht‘ angesiedelt, eine bezirkliche Stelle, der Wohnungsmisstände gemeldet werden können. Besonders bei Problemen, die alle Mieter oder darüber hinaus sogar die Allgemeinheit betreffen, kann und sollte man sich an die Wohnungsaufsicht wenden.“ Entsprechenden Hinweisen aus der täglichen Praxis der Vereinsarbeit des AMV werde nachgegangen.

Die Gesprächspartner waren sich darin einig, dass die vom Gesetzgeber vorangetriebene Einführung der „Mietbremse“ sowie des „Bestellerprinzips“ bei der Wohnungsvermittlung zu einer Stärkung der Mieterrechte führen werde. Gerade in der Region Spandau, die einen hohen Bestand von „prekären“ Mietverhältnissen aufweise, sei diese Gesetzesänderung zu begrüßen. Die Vertreter des AMV pflichteten Herrn Paolini in der hohen Wertschätzung bei, die dem Prinzip der Transparenz insbesondere bei der kollektiven Willensbildung politischer Institutionen entgegengebracht werden muss. Nur seine Befolgung und Durchsetzung führt zu einer effizienten Kontrolle und zu einer auf Rationalität gründenden und am Gemeinnutz orientierten Methode der politischen Entscheidungsfindung, frei von Willkür und frei von der Vermengung politischer Entscheidungen mit den Interessen Einzelner.

Abschließend wurde vereinbart, dass man im Austausch bleiben wird über weitere sich in der Zukunft ergebende mieter – und verbraucherschutzpolitische Themen.

Berlin-Spandau, den 22.12.2014

RA Uwe Piper, 1. Vorsitzender